

GEMEINSAMER ANTRAG
von ÖVP und GRÜNE,
zur
DRINGLICHEN BEHANDLUNG

Betr.: Petition an das Land Steiermark: Zusätzliche Integrations-
assistentInnen und Sozialpädagoginnen für Grazer Kindergärten
mit hohem Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund

GR. Sissi POTZINGER

22.10.2009

Eine wesentliche Voraussetzung für die Integration von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache sind nach dem Erlernen und Festigen der Muttersprache und sozialer Kompetenz gute Deutschkenntnisse, welche die Kinder möglichst früh, rechtzeitig vor dem Schuleintritt, erwerben sollen. Dem Kindergarten kommt hier eine besondere Bedeutung zu.

Einige Grazer Kindergärten haben einen sehr hohen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund, die intensiver bedarfsspezifischer Bildungs- und Betreuungsarbeit bedürfen. Diese Herausforderung ist aber mit der bestehenden Zahl der Pädagoginnen trotz maximalen Einsatzes ihrer Kräfte nicht mehr zu bewältigen. Leider wird bei der Personalförderung seitens des Landes Steiermark darauf kaum Rücksicht genommen. Die Einrichtungen brauchen aber dringend zusätzliche IntegrationsassistentInnen und SozialpädagogInnen, deren Dienste sich langfristig bezahlt machen und die Bildungschancen der betroffenen Kinder wesentlich erhöhen. Positive Erfahrungsberichte von Kindergartenleiterinnen zeigen deutlich auf, wie wertvoll der Einsatz zusätzlicher Sozialpädagoginnen ist: In Absprache mit der Kindergartenpädagogin und den Eltern können Kinder je nach Situation und Problem einzeln oder in einer Kleingruppe betreut werden, um individuell auf ihre besonderen Bedürfnisse einzugehen. Die Förderung der Deutschkenntnisse und sozialer Kompetenzen sowie die empathische Unterstützung und Begleitung der Kinder bei der Integration in die Gesamtgruppe sind ebenso wichtig und wertvoll wie die Kommunikationsförderung zwischen Kindergarten und Eltern.

Die Stadt Graz, insbesondere das Amt für Jugend und Familie, unterstützt die Integrationsarbeit der Kindergartenpädagoginnen durch vielfältige Maßnahmen, ist bei zusätzlichem Personalbedarf aber auf die Förderung des Landes angewiesen.

Wir appellieren dringend an die ressortzuständigen VerantwortungsträgerInnen auf Landesebene, dem Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz entsprechend für die Stadt Graz, in der steiermarkweit wegen des hohen Anteils an Kindern mit Migrationshintergrund und nicht-deutscher Muttersprache der größte Bedarf gegeben ist, die Fördermittel für zusätzliche Sozialpädagoginnen bereit zu stellen.

Daher stelle ich namens der GR-Fraktionen von ÖVP und GRÜNE den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Motivenbericht entsprechend wird folgende Petition an das Land Steiermark gerichtet:

Das Land Steiermark wird aufgrund der großen Zahl von in Graz lebenden Kindern mit Migrationshintergrund und nicht-deutscher Muttersprache dringend aufgefordert, die für zusätzliche Sozialpädagoginnen im Kindergartenbereich notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen und Fördermittel bereit zu stellen.

Betreff: Winterbauoffensive 2009

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A – 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at

Dringlicher Antrag

an den Gemeinderat
eingebraucht von Herrn Gemeinderat Wilhelm Kolar
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 22. Oktober 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
werte Kolleginnen und Kollegen!

Auch wenn die Talsohle der Wirtschaftskrise, die auf die sogenannte Finanzkrise folgte, überschritten sein mag und erste Anzeichen eines Konjunkturaufschwungs bemerkbar sein mögen, bleibt die Situation am Arbeitsmarkt weiter angespannt. Schlimmer noch: Alle ExpertInnen kommen übereinstimmend zur Überzeugung, dass auf dem Arbeitsmarkt diese Krise noch lange nichts ausgestanden ist, dass zumindest im kommenden Jahr mit einer noch höheren Arbeitslosenquote gerechnet werden muss, dass die Arbeitslosigkeit unter Umständen sogar mittel- bis längerfristig deutlich höher ausfallen wird wie vor Beginn dieser Finanz- und Wirtschaftskrise.

Und die aktuellen AMS-Zahlen belegen die angespannte Situation. In Graz waren im September 2009 insgesamt 12.807 Personen als arbeitslos gemeldet. Zum Vergleich: Im September 2008 waren es 10.286 – innerhalb von nur zwölf Monaten ist das ein Anstieg um 2521 Personen oder 24,5 Prozent! Damit hielten wir in Graz bei einer Arbeitslosenrate von 8 Prozent – vor einem Jahr waren es 6,2 Prozent.

Soweit die nüchternen Zahlen. Aber hinter diesen Fakten, und das bitte ich sich immer wieder vor Augen zu halten, stecken vor allem Schicksale – wir reden von 12.807 Menschen, die ohne Job dastehen; wir reden von Tausenden Grazer Familien, denen ein mehr oder weniger tristes Weihnachtsfest ins Haus steht, weil der Vater oder die Mutter – oder womöglich gar beide – keinen Arbeitsplatz haben.

Und noch etwas bitte ich zu bedenken: Diese Arbeitslosigkeit wird in den Wintermonaten erfahrungsgemäß noch weiter ansteigen, wenn die Baubranche witterungsbedingt stagniert. Und eines ist auch klar: Damit setzt sich eine Automatik, die bereits in den vergangenen Monaten zu schwersten Krisensituationen geführt hat, weiter fort. Eine höhere Arbeitslosigkeit führt dazu, dass die privaten Investitionen und der Konsum zurückgeschraubt werden, was wiederum den Handel und viele Klein- und Mittelbetriebe trifft, wo dann ebenfalls Hunderte Arbeitsplätze von Grazerinnen und Grazern in Gefahr sind. Das ist eine Spirale, die es zu bekämpfen gilt.

Beschäftigungsoffensiven des Bundes und des Landes und speziell die vielzitierten Winterbauoffensiven sind diesem Zusammenhang für Tausende Familien auch in Graz ein Hoffnungsschimmer. Doch die Menschen erwarten zu Recht, dass auch die Stadt Graz ihren Beitrag dazu leistet, den Arbeitsmarkt speziell in diesem Winter anzukurbeln. Und Möglichkeiten dazu gäbe es – sind doch auch seitens der Stadt eine ganze Reihe von Projekten für die kommenden Jahre vorgesehen oder ausständig, die hier wertvolle Impulse setzen könnten. Ich denke etwa an eine längst überfällige, großräumige Sanierungsoffensive städtischer Wohnungen. Wann, wenn nicht jetzt – zur Ankurbelung der Wirtschaft, zur Sicherung von Arbeitsplätzen - sollte eine derartige Sanierungsoffensive gestartet werden; dies auch unter dem Aspekt, dass diese Investitionen nicht nur wirtschaftsfördernd sind, sondern zudem auch den Wert städtischer Liegenschaften erhöhen.

In diesem Sinne stelle ich daher namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs

den dringlichen Antrag,

die Stadtbaudirektion möge beauftragt werden, gemäß Motivenbericht Überlegungen zu einem ein Programm „Winterbauoffensive 2009“ zu entwickeln und diese dem Gemeinderat in der Novembersitzung 2009 vorzulegen.

Dringlichkeit abgelehnt

Betrifft: Gratis-ÖV an Samstagen



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A – 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

DRINGLICHER ANTRAG

an den Gemeinderat
eingebracht von Herrn Gemeinderat Klaus Eichberger
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 22. Oktober 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Als ein wesentlicher Stadtortnachteil für die Grazer und speziell die innerstädtische Wirtschaft werden immer wieder Erschwernisse für KundInnen betreffend die Mobilität genannt. Während die Einkaufszentren am Stadtrand und jenseits der Stadtgrenzen mit bequemen Zufahrtsmöglichkeiten und kostenlosen Parkplätzen werben, kann der Grazer Handel zwar mit dem unvergleichlichen Flair unserer Stadt aufwarten – doch bis potenzielle KundInnen überhaupt soweit kommen, ist entweder eine zeitintensive Suche nach – dann auch wieder kostenpflichtigen – Parkplätzen oder aber eine zwar bequemere, dafür aber noch zeitaufwändigere Anfahrt mit öffentlichen Verkehrsmittel auf sich zu nehmen.

Dass Gratis-Zonen-Parken an Samstag auch aus umwelt- wie auch verkehrstechnischen Gründen nicht des Problems Lösung sein kann, darüber herrscht ja mittlerweile zumindest größtenteils Übereinstimmung. Umso wichtiger wäre es, das „Einkaufserlebnis Graz“ in Kombination mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu fördern. Aber dem stehen die Kosten für den ÖV entgegen: Denn wenn eine – um ein Beispiel zu nehmen – vierköpfige Familie als Eintrittspreis für die Einkaufsstadt Graz bereits mindestens 8 Euro für die Fahrtkosten berappen muss, ist das sicher eine nicht weg zu diskutierende Hürde. Allfällige Kosten für Park and Ride, falls unsere Beispielfamilie von außerhalb kommt, noch gar nicht mit eingerechnet.

Fazit: Wer kann es unserer Familie verdenken, wenn sie daher den Einkaufssamstag lieber in einem Einkaufszentrum verbringt. Und das gilt für GrazerInnen ebenso wie für viele potenzielle KundInnen aus dem Umland.

Gerade weil wir uns alle dessen bewusst sind, dass der Wirtschaftsstandort Graz auch zu einem Wesentlichen vom Handel lebt, dass hier sehr viele Arbeitsplätze von einem guten Umsatz abhängig sind, besteht Handlungsbedarf. Und nachdem erwiesenerweise der Samstag als der Einkaufstag gilt, wäre daher ein auf zwölf Monate angesetztes Pilotprojekt an allen Einkaufssamstagen mit Gratis-Benutzung der GVB und kostenlosen Park and Ride-Plätzen eine geeignete Maßnahme. Das käme den Grazerinnen und Grazern in mehrfacher Hinsicht zugute, nämlich einerseits könnte damit der Individualverkehr an Samstagen reduziert werden, sie selbst könnten den Gratis-ÖV an diesem Tag für ihre Einkäufe nutzen, durch ein zu erwartendes Umsatzplus im Handel werden die Arbeitsplätze vieler GrazerInnen abgesichert – und natürlich wäre dies auch ein Anreiz für viele potenzielle KundInnen aus dem Umland, in die Einkaufsstadt Graz zu kommen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag,

der Gemeinderat möge die Verkehrsreferentin und die Wirtschaftsreferentin beauftragen, gemeinsam mit der Graz AG die Umsetzung eines einjährigen Pilotprojektes „Gratis ÖV an Einkaufssamstagen in Graz“ in Bezug auf Kosten, Nutzen, Finanzierung und Umsetzbarkeit prüfen zu lassen und dem Gemeinderat bis spätestens Jänner 2010 einen entsprechenden Bericht vorzulegen.

Klubobmann
Armin Sippel

Dringlichkeit abgelehnt

An den
GEMEINDERAT
der Landeshauptstadt Graz

Graz, 22.10.2009

**Betrifft: Dringlicher Antrag nach §18 GO
Hindernisfreie Erreichbarkeit der Grazer Innenstadt**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Grazer Innenstadt ist eine Visitenkarte unserer Stadt. Unter Einbeziehung des kulturellen Erbes kann hier ein Einkaufserlebnis in einem würdigen Ambiente geschaffen werden. Zahlreiche Kaufleute in der Grazer Innenstadt zeigen hierbei ein hohes Maß an Kreativität, wenn es darum geht, unserer Innenstadt einen einladenden Charakter zu verleihen.

Allerdings entsteht auch der Eindruck, dass die Politik ihrerseits alles tut, um den Ambitionen verschiedener Gewerbetreibender einen Riegel vorzuschieben.

Neben der Einschränkung des Zeitraumes für Ladetätigkeiten, kam es zur Einsparung von öffentlichen Parkplätzen, während zur gleichen Zeit die Preise für öffentliche Verkehrsmittel wieder erhöht wurden. Nicht einmal an Samstagen konnte man sich zur Gebührenfreiheit für öffentliche Parkplätze durchringen.

Die Grazer Innenstadt kämpft also nicht nur mit der Konkurrenz in Gestalt großer Einkaufszentren in den Grazer Umlandgemeinden, sondern auch mit den Maßnahmen einer uneinsichtigen Politik.

Es bedarf keiner besonderen Kenntnisse in Wirtschaftswissenschaften um zu erkennen, dass die Erreichbarkeit eines wirtschaftlichen Unternehmens einen wesentlichen Parameter für den wirtschaftlichen Erfolg eines Handelsbetriebes darstellt.

Leider behindert die Politik durch ihre Unternehmungen genau die Erreichbarkeit zahlreicher Gewerbetreibender und trägt damit zum Händlersterben im innerstädtischen Bereich bei.

Es gilt also hier einen Umdenkprozess einzuleiten und für eine leichte Erreichbarkeit unserer Innenstadt zu sorgen.

Ich stelle daher namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden

Dringlichen Antrag
nach §18 GO der Landeshauptstadt Graz:

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zur Politik der kurzen Wege und wird daher in Zukunft keine weiteren Hindernisse aufbauen, die geeignet sind, die Erreichbarkeit der Grazer Innenstadt zu behindern.

Gemeinderat
Christoph Hötzl

An den
GEMEINDERAT
der Landeshauptstadt Graz

Dringlichkeit abgelehnt

Graz, 22.10.2009

**Betrifft: Dringlicher Antrag nach §18 GO
Initiative für die Grazer Innenstadt**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Gewerbetreibenden der Grazer Innenstadt leiden sowohl unter einer mäßigen Verkehrs- und Parkplatzsituation, als auch unter der starken Konkurrenz diverser Einkaufszentren am Stadtrand bzw. in Grazer Umlandgemeinden.

Das Sterben der einzelnen Gewerbetreibenden geht langsam vor sich und fällt dem einzelnen Beobachter erst auf, wenn ganze Straßenzüge ihr Gesicht verändert haben und die ehemals schön gestalteten Auslagen unterschiedlicher Geschäfte durch zahlreiche Leerstände auf sich aufmerksam machen.

Die Grazer Stadtpolitik hat in der Vergangenheit zahlreiche Versuche unternommen, die infrastrukturelle Entwicklung diverser Grazer Stadtteile positiv zu beeinflussen. Gewiss waren bzw. sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht alle Unternehmungen dieser Art von Erfolg gekrönt gewesen, dennoch hat die öffentliche Hand ihren Aufgabenbereich wahrgenommen und sich entsprechend eingebracht.

Bei den geplanten Bauvorhaben um die Reininghausgründe war beispielsweise die Projektbegleitung durch einen eigenen Mitarbeiter der Stadt Graz geplant. Im gleichen Maße müsste die Stadt Graz aber ihre Verpflichtung wahrnehmen, wenn es darum geht, negative Entwicklungen in einem Stadtteil aufzuhalten und regulierend einzugreifen.

In der Grazer Innenstadt sind zahlreiche Straßenzüge bereits massiv vom Aussterben einzelner Gewerbebetriebe betroffen, sodass es maximal noch zu einer Anhäufung von Wettcafes kommt, darüber hinaus aber eine längerfristige Ansiedlung von Einzelhandelsbetrieben aber ausbleibt. Diese Entwicklung verändert das Stadtbild einerseits nachhaltig und andererseits negativ, weil typische Grazer Gewerbebetrieb zurück gedrängt werden.

Nur Teile der Sackstraße sowie die Herrengasse erinnern noch an ehemalige Glanzzeiten, während andere Straßenzüge nicht einmal mehr erahnen lassen, welche Bedeutung sie noch in jüngerer Vergangenheit für unsere Stadt hatten.

Da es aber dringend notwendig ist, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, stelle ich namens des FPÖ – Gemeinderatsklubs nachstehenden

Dringlichen Antrag
gemäß §18 GO der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Evaluierung und bedarfsorientierten Lösung der Probleme innerstädtischer Gewerbetreibender wird ein eigener Arbeitskreis "Innenstadt" ins Leben gerufen.

Dem Arbeitskreis sollen angehören:

Das zuständige Mitglied im Grazer Stadtsenat sowie je ein Mitglied aller im Gemeinderat vertretenen Parteien. Zudem sollen je ein Vertreter der zuständigen Ämter sowie die Gewerbetreibenden im Bezirk Innere Stadt zur Teilnahme eingeladen werden. Der Arbeitskreis soll in der Folge dem Gemeinderat zur weiteren Beschlussfassung über die Verhandlungen berichten.

eingbracht am: 22.10.2009

Dringlichkeit abgelehnt



DRINGLICHER ANTRAG

gemäß § 18 der Geschäftsordnung

der Gemeinderäte Georg Schröck und Mag. Gerhard Mariacher

betreffend die Prüfung der Einsetzung von geeignetem Aufsichtspersonal in den öffentlichen Verkehrsmitteln der GVB

In den letzten Monaten erreichten uns aus unserem Nachbarland Deutschland immer häufiger Meldungen über brutale Übergriffe in öffentlichen Verkehrsmitteln, die mittlerweile leider auch schon zu ersten Todesopfern geführt haben. Auch die ansteigende Jugendgewalt wird immer öfter in einem Atemzug mit öffentlichen Transportmitteln genannt, was den Eindruck erweckt, die Benutzung von Bussen und Bahnen sei besonders gefährlich.

Auch in unserer Stadt ist eine massive Abnahme des Sicherheitsgefühls in den öffentlichen Verkehrsmitteln zu spüren. Die Angst vor gewalttätigen Übergriffen, Belästigungen, Überfällen und Taschendiebstählen steigt und der Ruf nach Beaufsichtigung in den Bussen und Straßenbahnen der GVB, zumindest in den Abendstunden, wird immer lauter.

Aufsichtsorgane als „Respektspersonen“, wie es z.B. pensionierte Exekutivbeamte in Teilzeitbeschäftigung sein könnten, würden in unseren Öffentlichen Verkehrsmitteln für Ruhe und Ordnung, für Schutz und Sicherheit, auch für die Beruhigung aufgebrachtener Gemüter sorgen können, um bei Belästigungen der unterschiedlichen Art sowie gegen Raudies aller Art aktiv einzuschreiten.

Bus- und Straßenbahnfahrerinnen und Fahrer sind aufgrund ihrer Konzentration auf das Verkehrsgeschehen und das unfallfreie Lenken ihrer Garnituren sowie aufgrund der mangelnden optischen und akustischen Wahrnehmungsmöglichkeiten in den langen Zügen gar nicht mehr wirklich in der Lage selbständig einzuschreiten.

Für einen dbzgl. Einsatz als Aufsichtsorgane sollte zuerst im Sinne einer geordneten Personalentwicklung auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Graz sowie der Beteiligungen der Stadt Graz zurückgegriffen haben, die im Rahmen des Umbaus des „Hauses Graz“ einer neuen, sinnvollen & zweckmäßigen beruflichen Tätigkeit zuzuführen sind.

Diese neuen Aufsichtsorgane der GVB sollten die Aufgabe und die dazu passende Kompetenz inne haben, die Einhaltung der Beförderungsrichtlinien zu überprüfen und zu exekutieren, wie z. B. das Kontrollieren von Fahrscheinen, das Beschaffen von Sitzplätzen für ältere oder beeinträchtigte Menschen und die Bereitstellung von Hilfestellungen aller Art, wie sie bei der Benutzung der „Öffis“ vorkommen können.

Ein Ansprechpartner vor Ort, der auch Auskunft über Umsteigemöglichkeiten und Standorte von Sehenswürdigkeiten geben kann, wäre ein weiterer positiver Aspekt für die Touristenstadt Graz.

Das Anbringen von Überwachungskameras kann das Vorhandensein von Aufsichtspersonen in den Öffentlichen Verkehrsmitteln nicht ersetzen, denn diese können am besten vor Ort die Sicherheit der Fahrgäste in unseren Bussen und Straßenbahnen gewährleisten.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigenden Gemeinderäte daher folgenden

DRINGLICHEN ANTRAG

1. Die zuständige Verkehrsreferentin Vizebürgermeisterin Lisa Rücker wird aufgefordert, den Einsatz von fachlich und personell geeigneten Aufsichtsorganen in den Öffentlichen Verkehrsmitteln zum Zwecke des Erreichens von Ruhe und Ordnung, Schutz und Sicherheit, zur Gefahrenabwehr und zur Deeskalation bei Konflikten (insbesondere mit alkoholisierten oder gewaltbereiten Fahrgästen) zu prüfen.
2. Die zuständige Verkehrsreferentin Vizebürgermeisterin Lisa Rücker wird aufgefordert, frei werdende bzw. bereits verfügbare Personalressourcen innerhalb des Magistrates sowie in den Beteiligungen der Graz AG zu erheben bzw. ausfindig zu machen, die für eine zweckdienliche Verwendung als Aufsichtsorgane in den Öffentlichen Verkehrsmitteln der GVB eingesetzt werden könnten.

www.bzoe-graz.at